

## **Politikherstellung und Politikdarstellung in der kommunalen Parlamentsarbeit von pro Köln**

### **1. Einleitung**

Der rechtsradikale<sup>2</sup> Verein „Bürgerbewegung pro Köln e.V.“ hat sich auf kommunalpolitischer Ebene in Köln etabliert. Er schaffte bei den Kommunalwahlen im Herbst 2009 den Wiedereinzug in den Rat der Stadt Köln in Fraktionsstärke. Zudem zog er abermals in alle neun Kommunalparlamente der Domstadt ein. Er erreichte bei der Stadtratswahl knapp 5,4 Prozent und verbesserte sich damit gegenüber der Kommunalwahl 2004, bei der er immerhin bereits 4,7 Prozent der Stimmen erzielte und ebenfalls in allen neun Bezirksvertretungen mindestens ein Mandat gewann. Die Protagonisten des Vereins schreiben ihrer Arbeit anscheinend Modellcharakter zu, wie die nach ihrem Vorbild initiierten weiteren pro-Vereine zeigen, die bei den Kommunalwahlen einige Mandate im Rheinland und Ruhrgebiet gewannen. Pro Köln ist zugleich die Keimzelle, aus der die Regionalpartei pro NRW entstand, die 2010 erstmals bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen antreten möchte.

Spätestens seit ihrem Einzug 2004 ins Stadt- bzw. die neun Bezirksparlamente versucht der Verein, seine Themen und Positionen kontinuierlich in den öffentlichen Diskurs der rheinischen Metropole einzubringen und sich dabei als rechtsdemokratische, seriöse, bürgerliche Alternative zu präsentieren. Einen Schwerpunkt der politischen Arbeit stellt dabei das Engagement gegen den Bau einer repräsentativen Moschee im Stadtteil Ehrenfeld bzw. gegen eine vermeintliche Islamisierung im Allgemeinen dar (vgl. Busch, 2008b: 17ff.). Der große Aufwand, den der pro Verein im aktuellen Kommunalwahlkampf betrieb, weist darauf hin, dass dessen Führung dem Einzug in die Kommunalparlamente einen hohen Stellenwert für die politische Arbeit zumisst. Und auch in der Außendarstellung betont pro Köln nachdrücklich ihr parlamentarisches Engagement auf kommunaler Ebene. So schreibt der

---

<sup>1</sup> Unter Mitarbeit von Phillip Becher, Aaron Bläser, Henning Flier, Dominik Hartmann und Wolfgang Woeste.

<sup>2</sup> Zur Abgrenzung von den Aufgaben des Verfassungsschutzes und extremismustheoretischen Ansätzen wird anstelle des Rechtsextremismusbegriffs hier im Anschluss an Gessenharter (1998: 33ff.) Minkenberg (2005: 26ff.) für das breitere sozialwissenschaftliche Forschungsfeld der Rechtsradikalismusbegriff verwendet.

Verein auf einem Flyer: „Besonders das Versagen in der Zuwanderungspolitik, bei Kriminalität und Klüngel wird jetzt im Rat und den anderen Gremien konsequent offen gelegt. Dabei stellt pro Köln stets auch Alternativen vor – Wege, wie man es besser machen könnte. Inzwischen hat pro Köln im Rat und in den Ausschüssen so bereits über 170 Anfragen und Anträge eingebracht, in den Bezirksvertretungen waren es sogar über 200 Anfragen und Anträge!“ (Pro Köln, 2008). Vor diesem Hintergrund ist das forschungsleitende Interesse, die Parlamentsarbeit von pro Köln im Stadtrat und den Bezirksparlamenten zu analysieren. Dazu wird zunächst der relevante Forschungsstand erläutert, das methodische Herangehen beschrieben und im empirischen Kapitel die Parlamentsarbeit untersucht.

## **2. Forschungsstand**

### ***2.1 Pro Köln***

Wenngleich der Verein pro Köln bereits seit Mitte der 1990er Jahre existiert, hat er erst mit dem Kommunalwahlkampf 2004 und dem Kampagnenthema gegen den Bau einer repräsentativen Moschee in Köln ein höheres Aktivitätsniveau erreicht, mit dem eine größere öffentliche Aufmerksamkeit einherging. Ende 2007 legte Häusler eine Studie zu pro NRW vor, wobei sie sich aufgrund der sehr engen Verflechtung vielfach auf pro Köln bezog. Der Autor verdeutlicht das Profil der pro Bewegung, indem er Strukturen, Strategien, Themen und Personen darstellt und erläutert. Im Ergebnis ist pro Köln demnach vor allem aus den Republikanern hervorgegangen, vertritt eine rechtsradikale Ideologie mit dem Schwerpunkt auf einer islamfeindlichen Kampagne, zeichnet sich durch eine bürgerliche Fassade aus und agiert in populistischer Manier (vgl. Häusler, 2007). Im Sommer 2008 gab Häußler einen Sammelband heraus, in dem er und weitere Autoren im Wesentlichen die angesprochenen Aspekte analytisch vertiefen (vgl. Häusler, 2008). Ein Beitrag setzt sich auch mit der Parlamentsarbeit von pro Köln im Stadtrat auseinander (vgl. dos Santos Herrmann, 2008: 258ff.). Dabei handelt es sich um eine Reflexion der SPD-Stadträtin dos Santos Herrmann über ihre bisherigen Erfahrungen – jedoch nicht um eine empirische Untersuchung. Die Vernachlässigung der Parlamentsarbeit von pro Köln überrascht insofern, als das der Verein sich erheblich in den letzten beiden Wahlkämpfen engagierte und stets auf ihr parlamentarisches Engagement, z. B. im oben zitierten Flyer, verwies.

### ***2.2 Rechtsradikale in Kommunalparlamenten***

Diese Vernachlässigung ist aber eher typisch für die Rechtsradikalismusforschung, weswegen der Forschungsstand zu rechtsradikaler Kommunalpolitik sich überschaubar darstellt. Lepszy

und Veen untersuchten die DVU und Republikaner in Kommunalparlamenten, sowie in Landesparlamenten und dem Europaparlament. Dabei zeigten sie, dass sich die Rechtsradikalen als zerstritten, inkompetent und kaum engagiert erwiesen und zum Teil Gelder veruntreuten. Insgesamt konstatieren die Forscher eine Handlungs- und Politikunfähigkeit der rechtsradikalen Parlamentarier (vgl. Lepszy & Veen, 1994: 103f.); mit anderen Worten: Die können es nicht. Butterwegge dagegen betont, dass die rechtsradikalen Akteure zum Teil selbst andere Maßstäbe an ihre Arbeit anlegen und deswegen wenig Interesse an der Politikherstellung im Parlament zeigen (vgl. Butterwegge, 1997: 41); mit anderen Worten: Die wollen nicht. Andererseits kommt die Studie von Hafenerger zu den Republikanern in einer Kleinstadt zum Ergebnis, dass diese an der kommunalen Parlamentsarbeit sowohl teilnehmen wollen als auch können und damit einen Einfluss auf die lokale politische Kultur ausüben (vgl. Hafenerger, 2000: 105f.). Angesichts dieser divergierenden Resultate erstaunt nicht, dass Griese und Niermann an drei Falluntersuchungen zu Rechtsradikalen in nordrhein-westfälischen Kommunalparlamenten zeigen, dass es keine spezifische Form rechtsradikaler Parlamentsarbeit gibt (vgl. Griese & Niermann, 1997: 146). Auf den Unterschied zwischen Politikherstellung und -darstellung verweist die Studie zur Kommunalpolitik der NPD in Mecklenburg-Vorpommern. Darin identifiziert das Autorenteam zwei Typen von Parlamentsarbeit: Zum einen die eifrige Beteiligung an der Politikherstellung, zum anderen die weitgehende Vernachlässigung der Politikherstellung zugunsten einer intensiven Politikdarstellung (vgl. Beier et al., 2006: 171).

### ***2.3 Parlamentarismusforschung***

Es überrascht allerdings, dass die bisherigen Studien zu Rechtsradikalen in Kommunalparlamenten konzeptionell keinen Anschluss an die Parlamentsforschung suchen. Eine Anlehnung an deren Analysekatoren könnte zu einer gegenstandsadäquateren Analyse beitragen. Zudem wäre ein Vergleich mit der Parlamentsarbeit von anderen Parteien in Kommunalparlamenten möglich.<sup>3</sup> Deswegen wird hier im Sinne der Parlamentsforschung unter Parlamentsarbeit das Herstellen und Darstellen von politischen Entscheidungen im Parlament verstanden. Aus diesem Verständnis ergeben sich zwei Untersuchungsdimensionen, die analytisch zu trennen sind, gleichwohl in der Praxis eng zusammenhängen: 1. Herstellen von Entscheidungen; 2. Darstellen von Entscheidungen (vgl. Kepplinger, 2009: 102). Demnach lässt sich untersuchen, welche Schwerpunkte pro Köln setzte, bzw. in welchem Verhältnis diese beiden Dimensionen der Parlamentsarbeit stehen. Damit soll ein relativ vollständiges Bild der Parlamentsaktivitäten erstellt und eine

<sup>3</sup> Dies wäre auch für die vorliegende Studie aufschlussreich, muss aber aus Platzgründen unterbleiben.

Verkürzung der Analyse auf eine der beiden Dimensionen vermieden werden. Zudem zeigen die Ergebnisse zur NPD in Mecklenburg-Vorpommern, dass dieses Verhältnis durchaus auch für die Rechtsradikalismusforschung relevant ist, weil es die spezifische Form der Parlamentsarbeit verdeutlicht.

Die Dimension der Politikerherstellung umfasst sämtliche Entscheidungen, die das Parlament trifft. Aus den gängigen Funktionszuschreibungen von Parlamenten lassen sich hier insbesondere die drei Funktionen Wahl, Gesetzgebung und Kontrolle zuordnen. (vgl. Marschall, 2008: 52) Als Indikatoren der kommunalen Parlamentsarbeit von pro Köln werden deswegen zunächst Personalentscheidungen dahingehend analysiert, ob pro Köln-Abgeordnete im Parlament gewählt wurden und ob pro Köln auch Kandidaten anderer Parteien wählte. Analog zu diesem Vorgehen wird anhand von Abstimmungen geschaut, ob Initiativen von pro Köln Zustimmung fanden und welche Rolle das Abstimmungsverhalten von pro Köln bei Anträgen anderer Parteien spielte. Schließlich wird näher betrachtet, wie pro Köln die Kontrollfunktion ausübte.

Die Darstellungsdimension bezieht sich auf die Vermittlung von Informationen zwischen Parlament, Bürgern und Medien. Diese Dimension lässt sich entsprechend den Richtungen des Informationsflusses in eine Hörrohr- und eine Sprachrohrfunktion des Parlamentes differenzieren. Unter der Hörrohrfunktion versteht die Parlamentslehre, die Interessen und Sichtweisen der Bürger aufzunehmen und für die Politikerherstellung zu verarbeiten. Die Sprachrohrfunktion hingegen zielt auf die Aufgabe der Parlamente, die Öffentlichkeit über Entscheidungen sowie die damit verbundenen Argumente und Gegenargumente zu informieren (vgl. Marschall, 2008: 52). Als Indikator für die Hörrohrfunktion wird die Auswahl der über Anträge und Anfragen ins Parlament eingebrachten Themen quantitativ und qualitativ untersucht. Die Funktion des Sprachrohrs wird hinsichtlich der Aktivitäten von pro Köln zur Vermittlung ihrer parlamentarischen Arbeit an die Öffentlichkeit untersucht.

### **3. Methodisches Vorgehen**

Die Datenerhebung und -auswertung fand im Rahmen eines Lehrforschungsprojektes an der Universität Siegen durch eine Projektgruppe von Studierenden des BA-Studiengangs Sozialwissenschaften statt. Dieser Rahmen schuf und begrenzte zugleich die Möglichkeiten des Forschungsdesigns. Die Projektgruppe erhob eigene Daten zur Parlamentsarbeit durch Experteninterviews und die Analyse von Parlamentsdokumenten. Die in der empirischen Parlamentsforschung nützliche Methode der teilnehmenden Beobachtung (vgl. Schöne, 2003)

wurde aus arbeitsökonomischen Gründen nicht angewandt. Abgeschlossen wurden die Erhebungen für den Stadtrat und fünf Bezirksvertretungen: Ehrenfeld, Lindenthal, Kalk, Mülheim und Nippes. Die Studie berücksichtigt den Zeitraum seit Beginn der Legislaturperiode von Oktober 2004 bis einschließlich April 2008. Mit der Untersuchung dieser dreieinhalb jährigen Zeitspanne lassen sich signifikante Aussagen über die Parlamentsarbeit von pro Köln treffen, da die Einarbeitungszeit der neuen Fraktion nur gering ins Gewicht fällt und der Kommunalwahlkampf, der in der Regel eine Verschärfung der Diskussion bedeutet, noch nicht begonnen hatte. In der Studie werden quantitative und qualitative Methoden trianguliert. Entscheidende Kriterien für die getroffenen Methodenentscheidungen waren, inwiefern diese erstens nützlich zur Bearbeitung der erkenntnisleitenden Frage und zweitens mit einem vertretbaren Aufwand anwendbar erschienen.

### ***3.1. Dokumentenanalyse***

In die Dokumentenanalyse flossen sämtliche Anträge und Anfragen ein, die pro Köln im Untersuchungszeitraum im Stadtrat und den fünf untersuchten Bezirksvertretungen stellte. Dabei wurde ausgezählt, wie häufig pro Köln welche Themen ins Parlament einbrachte. Ein einzelner Antrag bzw. Anfrage wurde mehreren Kategorien zugeordnet, wenn dort mehrere Themen zur Sprache kamen. Ferner berücksichtigt die Analyse sämtliche Sitzungsprotokolle der untersuchten Parlamente von Oktober 2004 bis März 2008. Diese wurden hinsichtlich der Anwesenheit der pro-Köln-Abgeordneten sowie dem Abstimmungsverhalten zu deren Initiativen ausgewertet. Die Wortprotokolle der Sitzungen wurden nicht systematisch ausgewertet, da dieser Aufwand im Projekt nicht zu leisten war. Jedoch fand fallweise eine Inspektion der Wortprotokolle statt, wenn die befragten Parlamentarier auf besondere Ereignisse in bestimmten Sitzungen hinwiesen. Ferner bezieht sich die Untersuchung stellenweise auf Material von pro Köln, welches der Verein auf seiner Webseite veröffentlichte.

### ***3.2 Experteninterviews***

Neben den Dokumenten führten die Mitglieder der Projektgruppe Experteninterviews mit teilstandardisierten Leitfäden durch (vgl. Flick, 2005: 143ff.; Meuser & Nagel, 1991: 442ff.) . Die Auswahl der Experten geschah anhand von drei Kriterien: 1. Gute Kenntnis des Geschehens im jeweiligen Parlament; 2. Politisches Spektrum in der ganzen Breite abbilden; 3. Vertretbarer Erhebungsaufwand. Dies führte zur Entscheidung, zunächst alle Fraktionsvorsitzenden des Stadtparlamentes und der Bezirksparlamente als Interviewpartner

anzusprechen. Als Ersatz kamen Abgeordnete der gleichen Fraktion in Frage, die ihr Mandat intensiv wahrnehmen. Ein systematischer Nachteil des Auswahlverfahrens ist freilich, dass kleinere Parteien bzw. Wählergruppierungen, die nicht in Fraktionsstärke im Parlament vertreten waren, bei der Befragung außen vor blieben. Diesen Nachteil nahm die Projektgruppe aus arbeitsökonomischen Gründen bewusst in Kauf. Ein möglicher Nachteil des Auswahlverfahrens lag darin, dass die befragten Politiker pro Köln besonders einseitig, vor allem negativ darstellen würden. Denn schließlich stellt der Verein auch einen Konkurrenten dar. Die Befürchtung bezüglich einseitiger Aussagen traf allerdings nicht zu. Die Befragten zeichneten durchgehend ein facettenreiches Bild mit divergierenden Bewertungen. Abgeordnete von pro Köln befragte die Projektgruppe nicht, auch wenn diese in einigen Parlamenten eine Fraktion bildeten. Ausschlaggebend für die Entscheidung, pro-Köln-Abgeordnete nicht zu interviewen, war, dass ausreichendes Material des Vereins (Anträge, Anfragen, Presseerklärungen, etc.) vorlag, um die erkenntnisleitende Fragestellung hinreichend zu beantworten.

Die Auswertung der Experteninterviews erfolgt als strukturierende qualitative Inhaltsinhaltsanalyse (vgl. Mayring, 2002: 76ff.) Dabei stehen thematische Einheiten im Vordergrund. Das heißt, über den Text verstreute Äußerungen, die einen inhaltlichen Zusammenhang bilden, werden gemeinsam betrachtet. Diese thematischen Einheiten wiederum werden mit den anderen Experteninterviews verglichen, um das Überindividuelle herauszuarbeiten. Insofern handelt es sich um eine interpretative Auswertungsstrategie.

## **4. Empirie I: Politikherstellung**

### ***4.1 Wahlen***

Zu Beginn der Legislaturperiode stand eine Reihe von Personalentscheidungen in den Kommunalparlamenten an, bei denen vor allem die (Bezirks-)Bürgermeister, ihre Stellvertreter und Aufsichtsräte für kommunale Unternehmen gewählt werden mussten. Dabei gewann kein Kandidat von pro Köln eine Wahl. Pro Köln beantragte unter anderem bei Personalentscheidungen im Stadtrat im November 2004 geheime Wahlen. Dies ist eine Strategie, die die NPD bislang in sächsischen Kommunalparlamenten und im dortigen Landtag betreibt. Sie führte gelegentlich dazu, dass NPD-Kandidaten mehr Stimmen erhielten, als die Partei Abgeordnete stellte (vgl. Köditz, 2009: 33ff.). Pro Köln profitierte von den geheimen Wahlen jedoch nicht. Im Übrigen warben die anderen Parteien auch nicht um Stimmen von pro Köln. Lediglich der pro Köln-Abgeordnete Rouhs wurde mit den Stimmen

seiner Fraktion in den Zweckverband der Sparkasse Köln-Bonn gewählt. Dieser Platz stand der Fraktion aufgrund ihrer Größe zu. Auf eine Änderung der Geschäftsordnung, mit der man solche obligatorischen Wahlen von pro Köln-Abgeordneten hätte verhindern können, verzichteten die demokratischen Parteien.

#### **4.2 Gesetzgebung**

In den untersuchten Kölner Kommunalparlamenten konnte pro Köln für keinen Antrag eine Mehrheit erzielen. Sie fanden lediglich zwei regelmäßige Unterstützer: Im Stadtrat stimmte der Ratsherr Breninek, der für die Republikaner das einzige Mandat im Stadtrat gewann, oftmals für Anträge von pro Köln. Im Sommer 2005 trat er aus der Partei aus und schloss sich dann im November desselben Jahres der Stadtratsfraktion von pro Köln an (vgl. pro Köln, 2005). In der Bezirksvertretung Kalk stimmte der Abgeordnete der NPD mehrfach den Anträgen von pro Köln zu. Alle anderen Fraktionen, Gruppen und Einzelmandatsträger lehnten Anträge von pro Köln fast immer ab. Im Stadtrat trafen diesbezüglich nach dem ersten halben Jahr der Legislaturperiode die demokratischen Fraktionen eine Verabredung, die die Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/ Die Grünen in der 7. Sitzung der Legislaturperiode bekannt gab:

„Erstens. Wir werden heute und in Zukunft alle Anträge von PK [pro Köln; Anm. CB] ablehnen. Auch wenn nur festgestellt wird, dass es heute nicht regnet [...] werden wir den entsprechenden Antrag ablehnen, solange er von PK gestellt wird. [...] Zweitens. Wenn Anträge gestellt werden, die aus der Mottenkiste stammen, mit denen sich der Rat bereits mehrmals beschäftigt hat, werden wir auch inhaltlich dazu nichts sagen; denn das lohnt sich nicht. [...] Wir brauchen uns hier nicht vorführen lassen. Drittens. Sollte PK irgendwann einmal ein Thema entdecken, mit dem zu beschäftigen sich lohnt und das dieser Rat noch nicht behandelt hat, dann wird dieser Rat in der Lage sein, entsprechende Anträge zu stellen. Dann werden wir diese Themen selber aufgreifen.“ (Stadtrat, 2005: 32)

In ähnlicher Art und Weise handhabten auch die demokratischen Fraktionen in den Bezirksvertretungen den Umgang mit Anträgen von pro Köln. So war es in allen untersuchten Kommunalparlamenten nach den ersten Sitzungen geübte Praxis, dass auf prinzipiell zustimmungsfähige Anträge die demokratischen Fraktionen mit eigenen geringfügig veränderten Anträgen reagierten. Im Übrigen entdeckte die Projektgruppe keinen Antrag von demokratischen Fraktionen, bei dem die Stimmen von pro Köln die Mehrheit entschied. Dies ist insofern bemerkenswert, als dass es in mehreren Kommunalparlamenten fragile Mehrheitsverhältnisse gab. Insbesondere in der Bezirksvertretung Kalk gab es ein Patt zwischen den bürgerlichen und den linken Fraktionen. Um nicht von den Stimmen von pro Köln abzuhängen, sprachen sich die Parteien zum Teil im absehbaren Konfliktfall im

Vorhinein auf der Besprechung der Fraktionsvorsitzenden ab. Allerdings war gerade in der Bezirksvertretung Kalk die pro Köln-Abgeordnete nicht fähig, strategisch günstige Konstellationen zu nutzen.

### **4.3 Kontrolle**

Auch ohne die Stigmatisierung als rechtsradikale Organisation hatte es pro Köln als oppositionelle Fraktion im Stadtrat bzw. als Einzelmandatsträger in den untersuchten Bezirksvertretungen schwer, eigene Initiativen in den Kommunalparlamenten erfolgreich einzubringen. Als Opposition besitzt sie indes die Möglichkeit, die Regierungsarbeit zu kontrollieren (vgl. Neubacher, 2001: 29). Diesen Anspruch erhebt sie auch offensiv in zahlreichen Veröffentlichungen und weist der Kontrollfunktion eine hohe Priorität in ihrer Arbeit zu. So schreibt in der Fraktionszeitung von pro Köln die Fraktionsvorsitzende Wolter zu Beginn der Legislaturperiode: „Die neugewählte Ratsfraktion sowie die elf Bezirksvertreter von pro Köln werden eine sachgerechte, qualifizierte und fundamentale Oppositionsarbeit im Rat sowie in den jeweiligen Bezirksvertretungen leisten [...]“ (Wolter, 2005: 1).

#### **4.3.1 Engagement und Kompetenz**

Als ein Kriterium für eine ausgeübte Kontrollfunktion lässt sich die Anwesenheit der Köln-Vertreter bei den Sitzungen heranziehen. Fast immer sind die Vertreter von Beginn der Sitzungen an anwesend und ein seltenes Fehlen wird in der Regel entschuldigt. Mit dieser pflichtgemäßen Wahrnehmung der Aufgaben unterscheidet sie sich von anderen rechtsradikalen Parteien, die in der kommunalen Parlamentsarbeit häufig durch Abwesenheit glänzten. Die einzige Ausnahme stellte die pro-Köln-Abgeordnete Sobania im Bezirk Kalk dar, welche im Herbst 2006 in die Bezirksvertretung nachrückte, nachdem ihr Vorgänger sein Mandat niedergelegt hatte. Sie nahm im Untersuchungszeitraum nur an vier von 12 Sitzungen teil. Die Ursache liegt vermutlich weniger an fehlendem Engagement als an ihrem hohem Alter von über 80 Jahren. Nach übereinstimmenden Einschätzungen der Befragten hatte sie augenscheinlich Schwierigkeiten körperlich und geistig den Anforderungen des Mandats gerecht zu werden. Anscheinend war sie nur eine Verlegenheitskandidatin von pro Köln. Für diese Annahme spricht, dass pro Köln sie für die Kommunalwahl 2009 nicht nochmals als Kandidatin aufstellte.

Abgesehen von der körperlichen Präsenz variierte die Kompetenz und das Engagement der pro Köln-Abgeordneten in einem erheblichen Maße. Vor allem die damalige

Fraktionsführung im Stadtrat, die Fraktionsvorsitzende Wolter und der Fraktionsgeschäftsführer Rouhs, die zugleich jeweils ein Mandat in den Bezirksvertretungen Innenstadt und Nippes wahrnahmen, galten als kompetent und engagiert. Rouhs zeigte sich dabei rhetorisch der parlamentarischen Debatte hinreichend gewachsen:

*„[...]ganz selten, dass da mal jemand anderes spricht, aber er [Rouhs] ist ständig am Mikrophon, sehr schlagfertig, durchaus voll in den Themen drin und wie gesagt, versucht immer wieder das normale Publikum dann in die Richtung zu bringen, wo sie es haben wollen.“ (Granitzka, 2008)*

Kompetent und engagiert, aber auch undiszipliniert, wird Uckermann eingeschätzt, der Anfang 2008 aus der CDU austrat und kurz danach pro Köln beitrug. Uckermann war als Abgeordneter der CDU in der Bezirksvertretung Ehrenfeld stellvertretender Bezirksbürgermeister. Nach seinem Wechsel übernahm er den Fraktionsvorsitz von pro Köln in der Bezirksvertretung:

*„Er ist natürlich sehr redegewandt. Das kommt auch aus seiner Erfahrung. Er kann gut sprechen. Aber dies nutzt er oft zur Störung unserer parlamentarischen Arbeit. Er ist vulgär, beschimpft den Bürgermeister, er geht unter die Gürtellinie, schreit rum, spricht zu lange, hält Minutenfristen nicht ein [...]“ (Yesil-Bal, 2008).*

Demgegenüber fielen die anderen pro-Köln-Abgeordneten hinsichtlich Engagement und Kompetenz ab. Dies gilt in besonderem Maße für die Vertreter in den Bezirksvertretungen Kalk, Lindenthal, Mülheim und Ehrenfeld (bevor Uckermann hinzu kam). Insofern ist die Aussage über den Lindenthaler pro-Köln-Abgeordneten Wolters weitgehend übertragbar auf die Abgeordneten in den anderen genannten vier Bezirken: „...[A]ber dass er [der pro Köln-Abgeordnete; Anm. C.B.] mal da in der Bezirksvertretung irgendwie argumentiert hätte, haben wir noch nie erlebt.“ (Becker, 2008). Die mangelnde Kompetenz zeigte sich unter anderem darin, dass diese pro-Köln-Akteure politische Prozesse unzureichend verstanden und deswegen auch nicht in ihrem Interesse zur Kontrolle nutzten:

*„In der Bezirksverwaltung Ehrenfeld gab es die Verwaltungsvorlage, dass über den Bau der Moschee, den die [pro Köln; Anm. C.B.] ja angreifen, eine Bürgerbeteiligung stattfinden soll und das haben die abgelehnt. Völlig sinnwidrig. Wenn ich die Moschee verhindern will, muss ich ja für die Bürgerbeteiligung sein, damit ich die Bürger informieren kann.“ (Detjen, 2008)*

Im Fall der pro-Köln-Abgeordneten Sobania kamen zu Beginn ihrer Tätigkeit gar noch Vertreter des Stadtrates, um sie offensichtlich zu unterstützen.

### 4.3.2 Kontrollstrategie

Der Verein behauptet hinsichtlich seiner Kontrolltätigkeit, dass diese einen pro-Köln-Effekt hervorrufe. Demnach würden sich Bürger mit Hinweisen auf Missstände an den Verein wenden. Daraufhin stelle pro Köln im entsprechenden Gremium einen Antrag oder eine Anfrage. Während die anderen Parteien pro Köln diffamierten, würde die Verwaltung versuchen, das Problem zu lösen. Allerdings gab es in den Fällen, in denen pro Köln Probleme im Stadtteil ansprach, bereits vorher darüber öffentliche Diskussionen, hatte sich Protest in Form von Bürgerinitiativen bereits institutionalisiert und/oder die Medien für eine breite Öffentlichkeit gesorgt. Dies betraf hauptsächlich politische Konflikte um den Umgang mit Randgruppen und Minderheiten: Prostitution in Longerich, Flüchtlingswohnheim in Weidenpesch, Jugendzentrum in Nippes, Moschee in Ehrenfeld und eine Drogenhilfeeinrichtung in Kalk. In allen diesen Fällen versuchte pro Köln sich bei den Gegnern dieser Projekte ‚als Anwalt des kleinen Mannes‘ einzureihen und die Konflikte weiter zuzuspitzen. Obgleich pro Köln in diesen Fällen mittels Flugblättern und parlamentarischen Anfragen versuchte, Öffentlichkeit für ihre Positionen herzustellen, dürfte der Effekt relativ gering gewesen sein, weil die lokalen Medien dies nicht aufgriffen. Somit fehlte ein entscheidendes Moment, um als Opposition politischen Druck auf die regierenden Parteien auszuüben. Dass die Verwaltung und die demokratischen Parteien bereits vor der Kampagne versuchten, das Problem zu lösen oder zumindest den Konflikt zu entschärfen, überrascht nicht (vgl. dos Santos Herrmann, 2008: 260). Aus diesen Gründen scheint ein pro-Köln-Effekt mehr als fraglich.

Beispielsweise gab es im Bezirk Kalk vehementen Protest der Anwohnerschaft gegen eine Drogenhilfeeinrichtung, weil sie dadurch Probleme für das Wohnumfeld sah. Dieser Protest wurde vor allem durch den Bürgerverein Humboldt-Gremberg organisiert und an die Öffentlichkeit getragen, so dass der Verein eine Demonstration gegen den Standort der Einrichtung organisierte. Als es also bereits eine intensive öffentliche lokale Debatte um die Einrichtung gab, schlug sich pro Köln auf die Seite der Anwohner, versuchte den Protest zu vereinnahmen und verschärfte die Tonart gegenüber der Drogenhilfeeinrichtung, indem sie diese in verschiedenen Anfragen mit Kriminalität in Verbindung brachten. Bei den Anfragen verweist pro Köln übrigens oftmals auf die Lokalpresse: „Nach Medienberichten soll ein Drogenabhängiger einen 8jährigen Jungen [...]“ (Pro Köln, 2007). Dies weist erstens darauf hin, dass pro Köln keine Diskussionen initiiert, sondern an diesen erst teilnimmt, wenn eine bestimmte Schwelle der Öffentlichkeit erreicht ist und zweitens, dass pro Köln nur sehr

schwach in der Bevölkerung verankert ist, weshalb es seine Informationen über Problemlagen überwiegend der lokalen Presse entnimmt. So steht im Organisationskonzept von pro Deutschland, mit dem das pro-Köln-Modell deutschlandweit etabliert werden soll und dessen Vorsitzender Rouhs ist:

*„Wir dürfen nicht warten, bis sich uns ein Thema aufdrängt, wir müssen vielmehr die Themen aktiv suchen. Die Themensuche ist das Alpha und das Omega unserer politischen Arbeit. Wir werden also unsere Augen und Ohren offen halten, und zumindest ein Mitglied des Kreisverbandes wird die größte regionale Tageszeitung abonnieren und deren Berichterstattung sorgfältig verfolgen.“ (Pro Deutschland 2009)*

Damit fehlt der Kontrolle aber auch die inhaltliche Tiefe, um Entscheidungen wirksam zu beeinflussen. Die dünne Personaldecke von pro Köln dürfte ein Grund sein, dass es kaum detailreiche Sacharbeit zu einzelnen Themen gab:

*„Also, wenn Sie sehen, im Rat machen die manchmal ein halbes Dutzend Anträge. Das sind Schaugeschichten, aber wenn es wirklich an die Arbeit geht, wenn man mal so einen Ordner ‚Stadtentwicklungsausschuss‘, Unterlagen, Bebauungspläne und so was durchgehen muss und sagt ‚Hier, ist da die Verkehrsführung richtig oder falsch‘, also wirklich Detailarbeit, dann sind sie nicht mehr da.“ (Sterck, 2008)*

Freilich haben auch andere kleine Fraktionen oder einzelne Abgeordnete unzureichende Arbeitskapazitäten, um ihre Kontrollfunktion bei einer so großen Organisation wie der Stadt Köln hinreichend und umfassend auszuüben. In der Regel findet aber eine Prioritätensetzung statt, in dessen Folge die Kontrollfunktion dann nur für wenige Themen ausgeübt wird und diesbezüglich auch alternative Lösungsvorschläge ausgearbeitet werden. Bei pro Köln kann man dies nicht beobachten. Der Verein stellt zwar einige Themen wie die Ablehnung der geplanten repräsentativen Moschee im Bezirk Ehrenfeld stark in den Vordergrund, aber das bedeutet lediglich, dass man am Vorhaben Kritik übt. Allerdings deckt er keine Missstände bzw. Widersprüche auf oder entwickelt alternative Lösungsvorschläge, die über eine Ablehnung der bisherigen Politik hinausgehen. Dies würde eine intensive Auseinandersetzung mit den Details voraussetzen. Bezüglich der Drogenhilfeeinrichtung in Kalk bestand pro Kölns einziger Lösungsvorschlag darin, diese zu schließen. Was mit den Drogenabhängigen geschehen sollte, blieb unbeantwortet.

### **4.3.3 Kontrollmittel: Anträge und Anfragen**

Als Beleg für die intensive Ausübung der Kontrollfunktion führt pro Köln in einem Flyer an, dass seine Abgeordneten bis Anfang 2008 über 170 Anfragen und Anträge im Stadtrat und

über 200 Anfragen in den neun Bezirksvertretungen gestellt hatten (Pro Köln, 2008). Dass der Verein selbst auf diese Bilanz verweist, kann man dahingehend interpretieren, wonach dieses parlamentarische Instrument eine sehr große Bedeutung für ihre Parlamentsarbeit besitzt. So stellten auch pro-Köln-Abgeordnete in Bezirksvertretungen, die sich ansonsten dort als eher mäßig engagiert und wenig kompetent zeigten, relativ viele Anträge und Anfragen. Dieser Umstand dürfte dem Management der Stadtratsfraktion geschuldet sein. Denn viele Anträge und Anfragen wurden gleichlautend, nur der Bezirksname wurde ausgetauscht, in mehreren oder allen Bezirken gestellt. Das relativiert die hohe Anzahl von 200 Anträgen und Anfragen in den Bezirksvertretungen deutlich. Beispielsweise konnte die Projektgruppe von 25 Anträgen, die Rouhs in der Bezirksvertretung Nippes stellte, zehn Anträge identifizieren, die pro Köln auch in anderen Bezirksvertretungen einbrachte.

Insofern existiert anscheinend eine horizontale Verteilung der Anträge auf Bezirksebene. Allerdings stellten die demokratischen Abgeordneten in der Bezirksvertretung Kalk anhand des Fax-Absenders fest, dass die Anträge von der Stadtratsfraktion von pro Köln gesendet wurden. In einem Antrag vom 25. Mai 2007 stand im Titel des Antrages sogar noch der Name und die Anschrift von Rouhs (vgl. Antrag, 2007a). Dies gibt einen Hinweis darauf, wer die politischen Entscheidungen trifft. Deswegen ist davon auszugehen, dass die Verteilung der Anträge und Anfragen vertikal von der Stadtratsfraktion zu den Bezirksvertretern erfolgte. Da es enormen Arbeitsaufwand verlangen würde, zentral in der Stadtratsfraktion über alle lokalen Probleme in den Bezirken informiert zu sein, überrascht es nicht, dass die Anträge, die mehrfach in den Bezirksvertretungen gestellt werden, oftmals keinen Bezug zum Bezirk aufwiesen.

„Die [Anträge; Anm. C.B.] sind natürlich hin und wieder von der Problematik nicht stimmig mit dem Stadtbezirk. Das passt manchmal, aber manchmal eben nicht und wird dann passend gemacht“.  
(Heinrichs, 2008)

Dies betrifft beispielsweise Vorschläge, eine Stunde frei zu parken (2005), Kriminalitätsschwerpunkte mit Videokameras zu überwachen (2005), einheitliche Schulkleidung einzuführen (2006), sogenannte „Lustreisen“ auf öffentliche Kosten von Stadtratspolitikern zu verurteilen (2007) oder die Umweltzone der Stadt Köln abzuschaffen (2008).

## **5. Empirie II: Darstellung**

### ***5.1 Hörrohr***

Welche Themen pro Köln in den Kommunalparlamenten aufgreift, lässt sich an den gestellten Anfragen und Anträgen ablesen. Angesichts der stadtweiten Steuerung der parlamentarischen Initiativen durch die Stadtratsfraktion und relativ inkompetenter oder wenig engagierter Abgeordneter in vier der fünf untersuchten Bezirksvertretungen ist auf der kleinsten kommunalen Ebene keine eigenständige Politikdarstellung zu erwarten. Aufgrund dessen wird im Folgenden schwerpunktmäßig die Politikdarstellung der Stadtratsfraktion in den Blick genommen, wengleich zur Explikation auch Initiativen auf Bezirksebene einbezogen werden.

#### **5.1.1 Quantitative Themenanalyse**

Bei der quantitativen Themenanalyse wurden die Anfragen und Anträge bestimmten Themenkategorien zugeordnet. Dabei konnte ein Antrag oder eine Anfrage mehreren Themenkategorien gleichzeitig zugeordnet werden. Als Themenkategorien berücksichtigte die Projektgruppe zunächst die klassischen kommunalpolitischen Ressorts, wobei einige inhaltlich nahestehende Ressorts, wie z. B. Bauen und Verkehr, der besseren Übersicht halber zusammengefasst wurden. Nach einer Durchsicht des empirischen Materials zeigte sich, dass das Kategorienraster einige Anträge und Anfragen nicht erfasste. Deswegen wurden noch die beiden Themenkategorien Identitätspolitik sowie andere Parteien und Verwaltung hinzugefügt. Unter Identitätspolitik werden parlamentarische Initiativen verstanden, die darauf abzielen, mittels symbolischer Politik, die Kölner respektive deutsche Identität zu stärken. Dazu zählen Anträge zur Bewahrung der deutschen Sprache, zu Gedenkstätten, zur Umbenennung von Straßen, etc.

Die Auszählung ergab, dass die pro-Köln-Fraktion die meiste Aufmerksamkeit dem Thema Migration und Integration widmete. Sie stellte dazu im Untersuchungszeitraum 16 Anfragen und 40 Anträge. An zweiter Stelle rangiert das Thema Parteien und Verwaltung mit neun Anfragen und 38 Anträgen. Drittplaziert in der Rangliste ist das Themenfeld Kriminalität und Sicherheit, zu dem sie zehn Anfragen und 26 Anträge einbrachte. Es fällt auf, dass die Identitätspolitik, die bei anderen Parteien kaum Aufmerksamkeit genießt, mit drei Anfragen und 15 Anträgen immerhin einen mittleren Rangplatz unter den Themenkategorien einnimmt. Die geringste Aufmerksamkeit bekamen die Themen Haushalt sowie Kultur und Sport.

Interessant ist, dass die häufigste Verknüpfung (13x) von zwei Themenbereichen zwischen Integration und Migration einerseits sowie Kriminalität und Sicherheit andererseits stattfand.

Tabelle 1: Anfragen und Anträge von pro Köln im Stadtrat (Oktober 2004 bis April 2008)

	Anfragen	Anträge
Integration/Migration	16	40
Parteien/ Verwaltung	9	38
Kriminalität/ Sicherheit	10	26
Soziales	5	19
Verkehr/ Bauen/ Wohnen	5	18
Wirtschaft/ Arbeit	6	14
Identitätspolitik	3	15
Umwelt/ Natur/ Gesundheit	5	10
Sonstiges	7	6
Schule/ Jugend	3	8
Haushalt	4	4
Kultur/ Sport	-	3

### 5.1.2 Qualitative Themenanalyse

Neben der quantitativen Auszählung der Themen interessiert aber auch, wie pro Köln ein Thema ansprach, also welche Schwerpunkte der Verein innerhalb des Themenfeldes setzte und welche positiven und/oder negativen Sichtweisen er einbrachte. Dies soll hier anhand ihrer drei wichtigsten Themenbereiche Integration und Migration, Parteien und Verwaltung sowie Kriminalität und Sicherheit ausgeführt werden.

Der rote Faden beim Hauptthema Integration und Migration bildet die Anti-Islam-Politik des Vereins. Das heißt, vielfach beschäftigen sich die parlamentarischen Initiativen mit dem Islam bzw. den moslemischen Bürgern und dies in einer pauschal abwertenden Sichtweise. Ein anschauliches Beispiel hierfür ist der im Stadtrat eingebrachte Antrag, einen jährlichen Islamisierungsbericht zu erstellen. Ziel sei es, den Stand der Integration von Muslimen darzustellen. In diesem Bericht sollen unter anderem folgende Aspekte untersucht werden: Praktizierung der Scharia, Gewaltpotential und Terrorismusgefahr, Hassprediger, Haltung zum Extremismus, Zwangsehe, Ehrenmord, Menschenrechte, Demokratieverständnis, Gleichberechtigung von Mann und Frau (vgl. Antrag, 2007b). Pro Köln führt also

ausnahmslos negative Aspekte auf. Islam und Islamistisch setzt der Verein dabei gleich. Mögliche positive Beiträge von moslemischen Bürgern werden von vornherein ausgeklammert.

Ein anderer Antrag beschäftigt sich mit der „Aufklärung der Hintergründe islamischer Trägervereine bei Bauvorhaben“. Dieser Antrag wurde in Kalk (26.7.2007), Porz (25.7.2007), Nippes (Titel leicht geändert, 25.7.2007), Lindenthal (26.7.2007), Innenstadt (31.7.2007), Chorweiler (25.7.2007) und Ehrenfeld (25.7.2007) gestellt. Pro Köln begründet den Informationsbedarf wie folgt: „Unabhängig von dem Umstand, daß der politische und religiöse Hintergrund eines Bauträgers nicht als planungsrechtlicher Faktor in Frage kommt, spielt er aber doch für den politischen Willensbildungsprozeß in den Entscheidungsgremien eine wichtige Rolle.“ (Antrag, 2007c). Der Text dieses harmlosen Antrages wird erst durch den Kontext der durchgehend islamfeindlichen Politik von pro Köln deutlich. Letztlich steht hinter dem parlamentarischen Begehren der Generalverdacht gegenüber Muslimen. Denn ein konkreter Anlass für die Anträge, wie z. B. Planungen zum Bau einer Moschee, bestand in den meisten Bezirken nicht.

Dos Santos Herrmann (2008: 263) konstatiert für das Jahr 2007 eine vermehrte Konzentration von pro Köln auf die Anti-Islam-Kampagne. Dies drückte sich unter anderem in den außerparlamentarischen Aktivitäten gegen den Bau einer repräsentativen Moschee im Stadtteil Ehrenfeld aus. So initiierte der Verein ein Bürgerbegehren gegen den Bau, zu dem er 23.000 Unterschriften sammelte, von denen aber nur knapp 16.000 gültig waren. Die herausragende Stellung der Anti-Islam-Politik für pro Köln schlägt sich im Symbol der durchgestrichenen Moschee nieder, mit der pro Köln in seinen Publikationen und auf seinen Veranstaltungen wirbt. Statt eines völkischen Rassismus, wie er im deutschen Rechtsradikalismus typisch ist, stellt die Anti-Islam-Politik einen kulturellen Rassismus dar, „dessen vorherrschendes Thema nicht mehr die biologische Vererbung, sondern die Unaufhebbarkeit der kulturellen Differenzen ist.“ (Balibar, 1998: 28). Mit der Ablösung des Feindbildes Ausländer durch das Feindbild Moslem bzw. Islam übernimmt die pro Bewegung in Deutschland im rechtsradikalen Parteienspektrum eine Vorreiterrolle. Dass dieser Schwerpunkt quasi nachfrageorientiert gewählt wurde, macht der Parteivorsitzende Beisicht in einem Interview mit der neurechten Wochenzeitung Junge Freiheit deutlich:

„Junge Freiheit: Pro Köln ist also keine Anti-Moscheebau-Bürgerinitiative, sondern ein rechtes Parteiprojekt, das nur in diesem Gewand daherkommt?“

Beisicht: So könnte man sagen. Das Thema Islamisierung drückt die Menschen und es liegt uns politisch nahe, also haben wir es uns ausgesucht. Wir haben nach Inhalten Ausschau gehalten und waren anfangs selbst überrascht, welche außerordentliche Resonanz wir mit dem Thema gefunden haben. Gerade in Großstädten kann man damit punkten! Wir haben die Marktlücke besetzt, und es ist uns der Einbruch in Schichten gelungen, die wir sonst nicht erreicht hätten.“ (Schwarz, 2008)

Beim zweitwichtigsten Thema Parteien und Verwaltung konstruiert pro Köln einen Gegensatz zwischen den anständigen Bürgern einerseits und den anderen Parteien sowie der Verwaltung andererseits, den sie in einer ‚wir hier unten gegen die da oben‘-Rhetorik kommuniziert. Mit dieser Argumentationsfigur gelang es in Österreich der FPÖ Einfluss auf den politischen Diskurs zu gewinnen und dies in elektorale Erfolge umzumünzen (vgl. Geden, 2008: 8). Pro Köln pflegt intensiven Kontakt mit dieser Partei und lehnt seine Politik stark an das österreichische Erfolgsmodell an. Die Thematisierung von Parteien und Verwaltung im Stadtrat der untersuchten Legislaturperiode stellt sich durch pro Köln beispielsweise folgendermaßen dar:

„CDU, SPD und Co. trampeln in Köln auf den demokratischen Grundrechten der Bürger herum. Die Arroganz der Macht hat die etablierten Parteien blind gemacht für die Sorgen und Nöte der Menschen in Köln. Nur die Bürgerbewegung **pro Köln steht für Anstand** und Ehrlichkeit in der Kommunalpolitik der Domstadt. [...] Schon in den letzten fünf Jahren hat Judith Wolter als pro Köln-Fraktionsvorsitzende den etablierten Seilschaften im Rat die Leviten gelesen.“ (Hervorhebungen im Original, Pro Köln 2009)

Hier wird also nicht die Politik der anderen Parteien kritisiert und eine eigene Position gegenübergestellt, sondern der Parteienkonkurrenz eine unmoralische Haltung unterstellt. Diese Diffamierungsstrategie erfolgt in mehreren Schritten: „Verdachtsmomente werden zuerst zu Vermutungen, dann zu dreisten Behauptungen und schließlich zu scheinbaren Wahrheiten.“ (dos Santos Herrmann, 2008: 262). Angesichts einiger Skandale von Kommunalpolitikern der beiden Volksparteien, dürfte pro Köln mit diesem Vorgehen auf relativ viel Resonanz bei den Bürgern stoßen. Zudem ist diese Strategie arbeitsökonomischer, als sich zunächst mühsam in Sachthemen einzuarbeiten, um anschließend eigene Positionen zu formulieren. Pro Köln versuchte über die gesamte Legislaturperiode, das Thema über parlamentarische Initiativen im Gespräch zu halten. Exemplarisch dafür ist, dass pro Köln den Antrag zur „Verurteilung der Teilnahme von Kommunalpolitikern an Lustreisen stadtnaher Unternehmen“ auch in den Bezirksvertretungen Rodenkirchen (31.7.2007), Nippes (13.9.2007) und Lindenthal (31.10.2007) stellt, obwohl die Bezirke sachlich dafür nicht zuständig sind sondern der Rat der Stadt Köln.

Auch hinsichtlich des Themas Kriminalität und Sicherheit weist pro Köln eine eigene Sichtweise auf. In den Anträgen konstruierten die Abgeordneten zunächst eine erhebliche

Bedrohungslage der Bevölkerung durch eine vermeintlich ausufernde Kriminalität, weswegen man die diesbezügliche Politikdarstellung als Angstkampagne charakterisieren kann. Beispielhaft ist der Antrag, in dem pro Köln im Stadtrat die Einberufung einer Sicherheitskonferenz fordert:

„So blühen in Köln alle Formen der Straßenkriminalität. [...] Dabei wird nicht einmal vor Senioren oder Behinderten zurückgeschreckt. Noch gefährlicher für Leib und Leben sind die zahlreichen Raubüberfälle. [...] Gerade abends und in den Nachtstunden trauen sich viele Bürger in bestimmten Stadtteilen kaum noch auf die Straße. Ein Gefühl, das besonders viele Frauen kennen, [...] Doch auch zuhause ist man längst nicht mehr sicher.“ (Antrag, 2006)

Neben diesem Zerrbild wird als Ursache das rassistische Bild des kriminellen Fremden bedient. Dabei beziehen sie sich vor allem auf Flüchtlinge, Sinti und Roma sowie muslimische Migranten. In diesem Sinne wollen sie im oben genannten Antrag, dass „auch die Ausländerkriminalität ohne ‚politisch korrekte‘ Scheuklappen diskutiert werden muß.“ (ebd.) Aber nicht nur mit Fremdenfeindlichkeit verbindet pro Köln das Kriminalitätsthema, sondern auch mit den anderen Parteien bzw. der Verwaltung, Justiz und Polizei, die allesamt den ‚einfachen Bürgern‘ nicht angemessen schützen würden und Kriminellen gegenüber zu nachgiebig seien. Eine solche spezifische Form von ‚Law-and-Order-Politik‘ zeigt sich eindrücklich in einem Antrag, der sich laut Titel eigentlich mit der Sicherheit in den Kölner Verkehrsbetrieben befasst. Dort werden angstmachende Bedrohungsanalyse, Abqualifizierung der anderen Parteien und Fremdenfeindlichkeit in einer Argumentationskette zusammengebracht.

„Jeder von uns kann jeden Tag in jeder deutschen Großstadt Opfer einer solchen kriminellen Gewalttat werden, egal ob Greis oder Kind, Frau oder Mann. Die explodierende Gewaltkriminalität ist Folge einer naiven und falschen jahrzehntelangen Politik, der ein ideologisch verdrehtes Weltbild zugrunde liegt, weit entfernt von jeder Realität. Statt einer multikulturellen Idylle haben sie uns alle zusammen eine multikriminelle Gesellschaft auferlegt – in München genauso wie in Köln!“ (Antrag, 2008)

## ***5.2 Sprachrohr***

Dass Parteien oder Wählervereinigungen über die Diskussion im Plenum die Öffentlichkeit suchen, ist eine wichtige Funktion von Parlamenten. Insofern ist es naheliegend, dass auch pro Köln versucht, durch die Rede im Parlament Einfluss auf den politischen Diskurs zu nehmen, unabhängig davon ob sie als Opposition Entscheidungen durchsetzen oder mitbestimmen kann. Angesichts der geringen Besucherzahl bei Stadtratssitzungen und noch geringeren Zahl bei Sitzungen der Bezirksvertretungen spielt weniger die

Präsenzöffentlichkeit als die Medienöffentlichkeit eine Rolle (Naßmacher & Naßmacher, 1999: 284ff.). Bei Letzterer informieren die Medien die lokale Öffentlichkeit über die Ereignisse im Kommunalparlament. Allerdings verfolgen die wichtigsten drei Lokalzeitungen (Kölner Express, Kölner-Stadt-Anzeiger und Kölnische Rundschau), die allesamt zum Verlag M. DuMont Schauberg gehören, eine ähnliche Linie in ihrer Berichterstattung. Demnach gehen sie mit pro Köln nicht wie mit einer „normalen“ Partei um. In der Regel wird über deren parlamentarische Aktivitäten nicht berichtet. Stattdessen befassen sich die Zeitungen überwiegend investigativ mit der Organisation und weisen anhand ausgewählter Inhalte, Personen und Verbindungen zu einschlägigen rechtsradikalen Parteien auf die politische Positionierung des Vereins hin.

Aufgrund dieser Ignorierung und Skandalisierung durch die Lokalzeitungen sucht pro Köln nach alternativen Wegen, Öffentlichkeit für ihre Politik herzustellen. Dafür spielen die Parlamentsressourcen eine wichtige Rolle, weil sie dem Verein die personellen und materiellen Möglichkeiten geben, mittels ihrer Öffentlichkeitsarbeit eine Art von Gegenöffentlichkeit herzustellen. In einer Dokumentation zur Arbeit in der Bezirksvertretung Lindenthal schreibt pro Köln:

„Wie Sie sicher wissen, ist diese Dokumentation nicht unser einziges Mittel, die Öffentlichkeit zu erreichen. Über 400 Sympathisanten von pro Köln erhalten beinahe täglich unseren elektronischen Rundbrief und unsere tagesaktuelle Netzseite [www.pro-koeln.org](http://www.pro-koeln.org) zählt jeden Monat mehr als 5.000 Zugriffe. Dies alles ist vor allem auch deshalb nötig, weil wir aufgrund einer Medienblockade bzw. Medienhetze auf die Herstellung einer Gegenöffentlichkeit angewiesen sind.“ (Pro Köln, o.J.: 3)

Um diese Gegenöffentlichkeit möglichst breit herzustellen, setzt pro Köln vor allem auf zwei Elemente. Erstens geht der Verein relativ gekonnt mit den neuen Medien um. Wie in dem obigen Zitat deutlich wird, legt er darauf bewusst einen Schwerpunkt. Denn der gegenwärtige Medienumbruch bietet ihm viele Chancen. Während traditionelle Formen der Medienöffentlichkeit erodieren, entstehen durch das Internet zunehmend neue segmentierte Öffentlichkeiten, die auf lokaler Ebene die Gatekeeper-Rolle der Lokalpresse unterlaufen. So gestaltet pro Köln seine Webseite relativ professionell, hält sie stets aktuell und ist in der islamfeindlichen Szene gut verlinkt (vgl. Busch, 2008a: 446f.). Zudem bemühen sich die Akteure zunehmend, ihre Botschaften mittels Videos bei YouTube zu verbreiten. Des Weiteren versendet der Verein nahezu täglich eine Massenmail, in der er aktuelle Ereignisse kommentiert. Wird pro Köln in der Lokalpresse negativ dargestellt, erfolgt per Mail umgehend eine gegenteilige Darstellung. Zweitens verfolgt er eine ausgesprochene Event-

Orientierung. Wegen der mangelnden Medienresonanz der parlamentarischen Arbeit versucht er außerparlamentarische Aktionen zu initiieren, die eine dermaßen große Aufmerksamkeit erzeugen, dass sie einen hohen Nachrichtenwert besitzen. Spätestens wenn die überregionale Presse über solche Events berichtet, kann auch die Lokalpresse diese nicht mehr ignorieren. Das prominenteste Beispiel für die Eventorientierung sind die beiden sogenannten Anti-Islam-Kongresse im Herbst 2008 und Frühjahr 2009. Aber auch Demonstrationen vor der geplanten repräsentativen Moschee in Ehrenfeld gehören dazu.

Vermeintlich geht das Bemühen um Gegenöffentlichkeit mit einem partizipativen Politikstil einher, bei dem mittels Unterschriftensammlungen für Petitionen oder Bürgerbegehren die Bürger informiert und mobilisiert werden sollen. Tatsächlich geht es aber darum, Adressen und damit Ansprechpartner für Direktmailings zu sammeln. Im Organisationskonzept von pro Deutschland heißt es diesbezüglich:

„Das hier beschriebene Procedere zur Ansprache von Menschen – Thema suchen, Petition erstellen, Adressen einpflegen, Info-Blatt aussenden usw. – wird ständig wiederholt. Sobald ein Handlungszyklus abgeschlossen ist, folgt der nächste: wir suchen ein neues Thema, erstellen eine neue Petition, und so weiter.“ (Pro Deutschland, 2006)

Dabei ist die Themensuche nicht willkürlich, sondern durch die Ideologie der Organisation festgelegt:

„Und sobald im Segment Multi-Kulturalismus irgend etwas geschieht, was unseren Widerspruch herausfordert, werden wir dazu eine Petition aufsetzen, die im Regelfall an den Beschwerdeausschuß des Stadtrates gerichtet ist. Der Inhalt der Petition muß so gehalten sein, daß der Stadtrat für die Angelegenheit sachlich auch tatsächlich zuständig ist; dabei kann der Bundesverband helfen. Die Petition wird umso erfolgreicher sein, je lokaler sie inhaltlich angelegt ist.“ (Pro Deutschland, 2006)

Diese Strategie ist durch die Parlamentsarbeit etwas abgeändert worden. Die Themensuche ist nun deutlich vereinfacht, weil die Abgeordneten durch die Verwaltung und die anderen Parteien quasi Informationen aus erster Hand bekommen. In diesem Sinne nutzen sie auch die Anfragen, mit denen sie sich zum Teil gezielt kampagnentaugliche Informationen beschaffen, wie das oben genannte Beispiel mit der Anfrage zur „Aufklärung der Hintergründe islamischer Trägervereine bei Bauvorhaben“ zeigt. Hat pro Köln dann ein Thema gefunden, das entsprechendes Konfliktpotential besitzt, bezieht die Wählervereinigung dann dazu einseitig und pointiert Stellung im Kommunalparlament. Während in der Kommunalpolitik, gerade auf Bezirksebene, oftmals ein konsensueller Stil herrscht (vgl. differenzierter Holtmann, 1993: 256; Naßmacher & Naßmacher 1999: 314ff.), kreierte pro Köln dadurch ein

Alleinstellungsmerkmal. Das würde den Abgeordneten zwar erschweren, einen Konflikt für alle Streitparteien zufriedenstellend zu lösen. Allerdings lässt sich dieses Alleinstellungsmerkmal in der Öffentlichkeit besser kommunizieren. Die Kommunikation erbringen sie durch Flugblätter, die sie in Fußgängerzonen verteilen, in Briefkästen einwerfen und über die eigene Mailingliste verbreiten. Auf diesen Flugblättern wird die Debatte im Kommunalparlament auszugsweise wörtlich wiedergegeben und die eigene Position stichwortartig hervorgehoben. Zudem befindet sich dort ein Adressfeld, mit dem man weiteres Informationsmaterial bestellen kann. Abgesehen von der Vermittlung von Inhalten dient die Dokumentation der Parlamentsarbeit dazu, pro Köln als ernsthafte und seriöse Wählervereinigung darzustellen. Denn es wird gezeigt, dass pro Köln ein vermeintlich respektabler Diskussionspartner der demokratischen Parteien sei und auf Augenhöhe mit denen um die beste Lösung ringe. Im Übrigen dient diese Imagepflege auf den Flugblättern dazu, möglichst viele Adressen zu sammeln.

## **6. Fazit**

In der Gesamtschau zeigt sich, dass die Politikherstellung in der Parlamentsarbeit von pro Köln lediglich eine untergeordnete Rolle spielt. Dies gilt auch bezüglich der für eine Oppositionspartei typischen Aufgabe der Kontrolle der Verwaltung und regierenden Fraktionen. Die geringe Zahl an kompetenten und engagierten Abgeordneten und Mitarbeitern setzt sich eher für die Politikdarstellung ein. Insofern dürfte die Vernachlässigung der Politikherstellung zum einen an den schwachen Personalressourcen, zum anderen an einer Prioritätensetzung liegen, die bewusst den Schwerpunkt auf die Politikdarstellung legt. Die Politikherstellung in den Kommunalparlamenten steht dabei deutlich im Dienste der Politikdarstellung. Wahlen, Abstimmungen und Kontrolltätigkeiten nutzt pro Köln dazu, um sich als vermeintlich seriöse Wählervereinigung zu präsentieren und damit die Stigmatisierung als rechtsradikaler Akteur zu überwinden oder zumindest abzuschwächen. Zudem gelangen die Abgeordneten durch die Politikherstellung an Ressourcen, insbesondere Informationen, welche für ihre Politikdarstellung bedeutsam sind. Inhaltlich steht die Anti-Islam-Politik, aber auch die Ausgrenzung anderer Minderheiten im Mittelpunkt, wobei sich die Wählervereinigung meistens rhetorisch gemäßigt präsentiert. Allerdings findet die Politikdarstellung überwiegend abseits der Massenmedien statt. Hier ermöglicht das Internet dem Verein neue, elektoral durchaus erfolgversprechende Wege, die er etwa für die Direktkommunikation mittels E-Mails intensiv nutzt. Im Vergleich zu anderen rechtsradikalen Akteuren in Kommunalparlamenten stellt die spezifische Parlamentsarbeit von pro Köln

durchaus eine Innovation dar, welche sich schlagwortartig als kulturrassistische Kampagnenpolitik 2.0 bezeichnen lässt.

## 7. Literatur

### 7.1 wissenschaftliche Literatur

Balibar, E. (1998). Gibt es einen „Neo-Rassismus? In dies. & I. M. Wallerstein (Hg.), *Rasse, Klasse, Nation: ambivalente Identitäten* (2. Aufl., S. 23-38). Hamburg: Argument.

Beier, K. et al. (2006). *Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns*. Greifswald: Stein Becker Verlag.

Busch, C. (2008a). Rechtsradikales eCampaigning am Beispiel der Anti-Islam-Kampagne. In H.-G. Hegering et al. (Hg.), *Informatik 2008 - Beherrschbare Systeme dank Informatik* (S. 443-448). Berlin: Springer.

Busch, C. (2008b). Rheinischer Rechtsradikalismus. *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 53(9), 17-20.

Butterwegge, C. (1997). Entwicklung, gegenwärtiger Stand und Perspektiven der Rechtsextremismusforschung. In ders. et al. (Hg.), *Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsstand, Fallstudien, Gegenstrategien* (S. 9-54). Opladen: Leske + Budrich.

dos Santos Herrmann, S. (2008). Umgang mit PRO KÖLN im Stadtrat. In A. Häusler (Hg.), *Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien*. Wiesbaden: VS.

Flick, U. (2005). *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung* (3. überarb. Aufl.). Reinbek b. Hamburg: Rowohlt.

Geden, O. (2008, 19.08.2008). Alpiner Rechtspopulismus. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 8.

Gessenharter, W. (1998). Neue radikale Rechte, intellektuelle Rechte und Rechtsextremismus. In ders. & H. Fröchling (Hg.), *Rechtsextremismus und neue Rechte in Deutschland: Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?* (S. 25-68). Opladen: Leske + Budrich.

Griese, B. & Niermann, G. (1997). Rechtsextremisten in nordrhein-westfälischen Kommunalparlamenten (1989-1994). In C. Butterwegge (Hg.), *Rechtsextremisten in*

*Parlamenten. Forschungsstand, Fallstudien, Gegenstrategien* (S. 147-207). Opladen: Leske + Budrich.

Hafeneger, B. (2000). *Die Republikaner in Stadtallendorf. Eine Lokalstudie*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verlag.

Häusler, A. (2007). *Rechtspopulismus in Gestalt einer „Bürgerbewegung“: Struktur und politische Methodik von PRO NRW und PRO Deutschland*. Düsseldorf.

Häusler, A. (Hg.). (2008). *Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“: Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien*. Wiesbaden: VS.

Holtmann, E. (1993). Parteien in der lokalen Politik. In R. Roth & H. Wollmann (Hg.), *Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden* (S. 256-270). Bonn: Bundeszentrale.

Kepplinger, H. M. (2009). *Politikvermittlung*. Wiesbaden: VS Verlag.

Köditz, Kerstin (2009). *Und morgen? Extreme Rechte in Sachsen*. Berlin: Verbrecher Verlag.

Lepszy, N. & Veen, H.-J. (1994). *„Republikaner“ und DVU in kommunalen und Landesparlamenten sowie im Europaparlament*. Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung. St. Augustin.

Marschall, S. (2008). Kommunikation und Entscheidungsfindung im Parlament. In U. Sarcinelli & J. Tenscher (Hg.), *Politikherstellung und Politikdarstellung. Beiträge zur politischen Kommunikation* (S. 44-62). Köln: von Halem.

Mayring, P. (2002). *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken* (8. Aufl.). Weinheim: Beltz.

Meuser, M. & Nagel, U. (1991). ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In D. Garz & K. Kraimer, Klaus (Hg.), *Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen* (S. 441-471), Opladen: Leske + Budrich.

Minkenberg, M. (2005). *Demokratie und Desintegration. Der politikwissenschaftliche Forschungsstand zu Rechtsradikalismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt*. Berlin: Pro Business.

Naßmacher, H. & Naßmacher, K.-H. (1999). *Kommunalpolitik in Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich.

Neubacher, B. (2001). *Die Republikaner im baden-württembergischen Landtag – von einer rechtsextremen zu einer rechtsradikalen, etablierten Partei?* Stuttgart: Univ. Diss. <http://elib.uni-stuttgart.de/opus/volltexte/2002/1139/pdf/DissertationBerndNeubacher.pdf>, eingesehen am 30.11.2009.

Schöne, H. (2003). Die teilnehmende Beobachtung als Datenerhebungsmethode in der Politikwissenschaft. Methodologische Reflexion und Werkstattbericht. *Forum qualitative Sozialforschung*, 2. <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/720/1559>, eingesehen am 30.11.2009.

## **7.2 Interviews**

Becker, R. (2008 ). Interview mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden in der Bezirksvertretung Lindenthal.

Detjen, J. (2008, 4.06.2008). Interview mit dem Fraktionsvorsitzenden der Linken im Stadtrat.

Granitzka, W. (2008, 4.06.2008). Interview mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat.

Heinrichs, H. (2008, 9.06.2008). Interview mit KBB-FDP Fraktionsvorsitzender in der Bezirksvertretung Nippes.

Sterck, R. (2008, 6.06.2008). Interview mit dem FDP-Fraktionsvorsitzenden im Stadtrat.

Yesil-Bal, Y. (2008, 11.06.2008). Interview mit der Fraktionsvorsitzenden der Linken in der Bezirksvertretung Ehrenfeld.

## **7.3 Quellen**

Antrag (2006, 4.01.2006). Sicherheitskonferenz in Köln.

Antrag (2007a, 25.05.2007). Verlagerung des Ladenlokals des Junkie-Bundes.

Antrag (2007b, ohne genaues Datum). Situationsbericht zur Islamisierung der Stadt Köln.

Antrag (2007c, 25.07.2007). Informationen über Trägerorganisationen islamischer Vereine.

Antrag (2008, 29.01.2008). Mehr Sicherheit bei der KVB.

Schwarz, M. (2008, 16.09.2008). Interview mit Markus Beisicht. „Wir sind die Stimme der Bürger“. *Junge Freiheit*.

<http://www.jungefreiheit.de/Single-News-Display.268+M5b54d1f785e.0.html>, eingesehen am 30.11.2009.

Pro Deutschland (2009). Konzept. Aufbau von unten. [http://www.pro-deutschland.net/index.php?option=com\\_content&view=article&id=50&Itemid=36](http://www.pro-deutschland.net/index.php?option=com_content&view=article&id=50&Itemid=36), eingesehen am 30.11.2009.

Pro Köln (o.J.). Pro Köln in der Bezirksvertretung Lindenthal: Bezirksvertretungsarbeit pro Köln 2005-2006. *BV-Dokumente Nr. 1*.

Pro Köln (2005, 3.11.2005). Pro-Köln-Fraktion wächst auf 5 Mitglieder. *Pressemitteilung*.

Pro Köln (2007, 25.05.2007). Junkie-Lokal schließen! *Pressemitteilung*.

Pro Köln (2008). *Flugblatt*.

Pro Köln (2009). Macht braucht Kontrolle. *Flugblatt*.

Stadtrat (2005, 28.4.2005). *Wortprotokoll*.

Wolter, J. (2005). Es ist vollbracht! *Informationen der Fraktion pro Köln im Rat der Stadt Köln, 9, 1*.